

Strache: Klares Nein zu Abtreibung auf Krankenschein

Utl.: FPÖ-Obmann sieht Generalangriff auf Familienwerte =

Wien (OTS) - Zur Forderung von Eva Glawischnig nach Abtreibung auf Krankenschein kam von FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache in seiner heutigen Pressekonferenz ein kategorisches Nein: "Kinder, liebe Eva Glawischnig, sind keine Krankheit. Kinder sind unser wertvollstes Gut." Bei jedem gefällten Baum würden die Grünen aufschreien, aber das ungeborene Leben sei ihnen gleichgültig.

Man müsse Maßnahmen setzen, damit es zu weniger Abtreibungen komme. Man müsse die Familien fördern, sie steuerlich entlasten und ein Müttergehalt einführen. "In allen anderen Bereichen will man Selbstbehalte einführen, aber Abtreibungen sollen gratis sein. Mit uns spielt es das sicher nicht." In Österreich fänden jährlich rund 60.000 Abtreibungen statt. Man müsse über die Gründe dafür nachdenken und wie man die Nöte der Frauen lindern könne, damit sie sich für das Leben entschieden.

Manchmal habe man den Eindruck, dass in letzter Zeit ein Generalangriff auf alle Familienwerte stattfinde, zeigte sich Strache bestürzt. Glawischnig sei kein Einzelfall, erweiterte der freiheitliche Bundesparteiobmann seine Kritik auf die so genannte Familienministerin Kdolsky, die so etwas wie die politische Zwillingschwester Glawischnigs sei. Strache zitierte in diesem Zusammenhang Aussagen Kdolskys:

"Ich habe das Gefühl, dass die Idealisierung von Elternschaft wieder viel stärker wird. Zum Beispiel in Hotels oder Restaurants - wenn man sich da über Kinder beschwert, die sich unmöglich benehmen, hat man sofort eine große Debatte und eine Phalanx gegen sich, die einen der Kinderfeindlichkeit bezichtigen. Das wird auch mit dieser politischen Verklärung der Mutterschaft sehr gefördert."

"Wenn ich einen Abend in einem Nobellokal genießen will, wenn ich im Flugzeug nach New York sitze - dann kann mir ein schreiendes Kind einiges vermiesen."

Strache warf Kdolsky auch vor, für die Homo-Ehe light einzutreten, und vermutete, dass die Familienministerin die Vorleistung der ÖVP

für eine schwarz-grüne Koalition sei. Den großen empörten Aufschrei aus der ÖVP, die als Familienpartei schon längst abgedankt habe, habe man nämlich über die Glawischnig-Forderung nicht vernommen. Diese unheilige Allianz gelte es zu verhindern.

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub

Karl Heinz Grünsteidl, Bundespressereferent

Tel.: +43-664-44 01 629, <mailto:karl-heinz.gruensteidl@fpoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0218 2007-04-13/13:35

131335 Apr 07

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070413_OTS0218